

SCHWERPUNKTTHEMA DIESER AUSGABE:



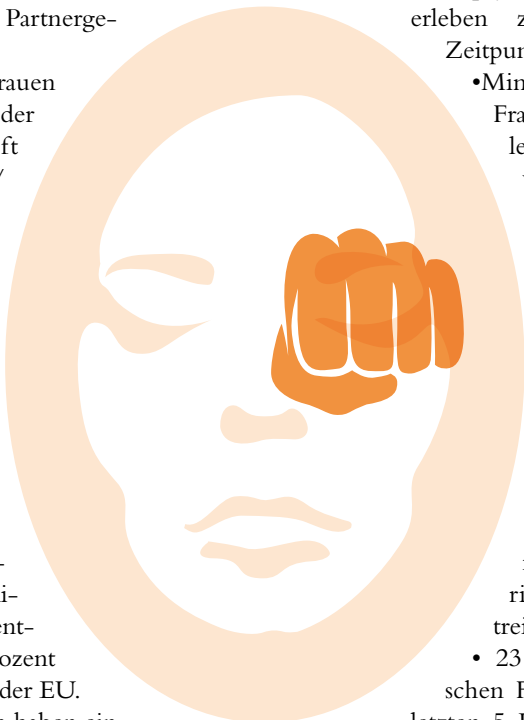
# INTERNATIONALE ANTI-GEWALT-ARBEIT

Über den deutschen Tellerrand hinaus wirft die 42. Ausgabe der CORAktuell einen Blick auf die internationale Anti-Gewalt-Arbeit. Besonderer Fokus liegt auf der Bekämpfung von Menschenhandel in Europa sowie auf der Anti-Gewalt-Arbeit in Kasachstan.

## FAKTEN ZU GEWALT GEGEN FRAUEN IN EUROPA

*Herausgegeben von der European Coalition to End Violence against Women and Girls, übersetzt und gekürzt von CORA*

- Eine von drei Frauen hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche oder sexualisierte Gewalt erfahren.
- Jede Woche sterben 50 Frauen durch männliche Partnergewalt.
- Eine von vier Frauen erlebt während der Schwangerschaft körperliche und/oder sexualisierte Gewalt.
- 60 Prozent aller obdachlosen Frauen geben häusliche Gewalt als Ursache für die Obdachlosigkeit an.
- Gewalt gegen Frauen kostet jedes Jahr 226 Milliarden Euro. Dies entspricht fast 2 Prozent des Jahresbudgets der EU.
- Bestimmte Frauen haben ein höheres Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Diese Gewalt wird durch Sexismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Diskriminierungsformen motiviert. Diese ineinandergreifenden Diskriminierungsformen erschweren den



Frauen außerdem den Zugang zum Justizsystem sowie zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten.

- Zwischen 50 Prozent und 60 Prozent aller Frauen, die psychologische Hilfe in Anspruch nehmen, haben häusliche Gewalt erlebt, und bis zu 20 Prozent der Frauen in psychologischer Beratung erleben zum gegenwärtigen Zeitpunkt häusliche Gewalt.
- Mindestens 500.000 Frauen und Mädchen leben mit den Folgen von weiblicher Genitalverstümmelung.
- Frauen mit Behinderungen werden zwei- bis fünfmal so oft Gewaltopfer wie Frauen ohne Behinderungen werden außerdem gegen ihren Willen zu Sterilisationen und Abtreibungen gezwungen.
- 23 Prozent aller lesbischen Frauen haben in den letzten 5 Jahren mindestens einen körperlichen/sexualisierten Angriff erlebt oder sie sind in der Häuslichkeit bzw. in der Öffentlichkeit (auf der Straße, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Nahverkehr etc.) mit Gewalt bedroht worden.

Fachinformationsdienst zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern

### INHALT

Fakten zu Gewalt gegen Frauen in Europa . . . . .01

Stärke der Zivilgesellschaft – Menschenhandel bekämpfen . . . . .02

„Frau Best, wir lieben Deutschland“ .03

Informationen . . . . .07

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Frauen helfen Frauen e.V. Rostock  
Ernst-Haeckel-Str. 1  
18059 Rostock  
Tel. (0381) 44 030 77  
www.fhf-rostock.de

**Redaktion:**  
Ulrike Bartel  
Gisela Best  
Theresa Brunk  
Tel. (0381) 40 10 229  
cora@fhf-rostock.de  
www.cora-mv.de

**Satz und Druck:**  
Altstadt-Druck, Rostock

**Rechte:**  
Alle Rechte liegen beim Herausgeber.  
Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die Autor\*innen selbst verantwortlich.  
Für unaufgefordert eingesendete Texte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

**Finanzierung:**  
Die Herausgabe der CORAktuell wird finanziell unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V.

CORAktuell erscheint dreimal im Jahr. Bestellungen bitte an Frauen helfen Frauen e.V. Rostock richten.

- Frauen ohne Papiere und Frauen mit einem abhängigen Migrationsstatus (abhängig bspw. vom Ehegatten oder Arbeitgeber) haben ein höheres Risiko, Opfer von Gewalt oder Ausbeutung zu werden. Da sie oft das Risiko eingehen, verhaftet oder abgeschoben zu werden statt Hilfe zu erhalten sind für sie die Hürden beim Erhalt von Unterstützung, Schutz und Hilfe besonders hoch.
- Geschlechterbasierte Gewalt kann lebenslange Folgen für die körperliche und geistige Gesundheit von Frauen haben.
- 85 Prozent aller jungen Frauen im Vereinigten Königreich erleben im öffentlichen Raum sexuelle Belästigung. Frauen of colour werden oft rassistisch diskriminiert, wenn sie sich gegen sexuelle Übergriffe wehren.
- 28 Prozent aller älteren Frauen haben in den letzten 12 Monaten vor einer Befragung irgendeine Form der Gewalt oder des Missbrauchs in der Häuslichkeit erlebt.
- 60 Prozent - 100 Prozent aller Opfer anti-muslimischer Übergriffe in Europa sind Frauen, besonders Frauen, die Kopftuch tragen. Somit betreffen anti-muslimische Übergriffe überdurchschnittlich oft Frauen.
- Roma-Frauen erleben häufiger als andere Frauen eine frühe Heirat und Eingriffe in ihre körperliche Integrität, wie etwa Zwangssterilisation.
- 75 Prozent der Frauen in Spitzenpositionen haben sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt.

Hauptquellen: Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zu Gewalt gegen Frauen von 2014 und andere FRA-Studien; Studien des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments; durch das DAPHNE-Programm finanzierte, europäische Studien sowie wissenschaftliche Studien und Studien von Nichtregierungsorganisationen; nationale Umfragen

## STÄRKE DER ZIVILGESELLSCHAFT – MENSCHENHANDEL BEKÄMPFEN

Im letzten Monat bot sich eine besondere Gelegenheit für die Fachberatungsstelle Zora aus Schwerin: Die Teilnahme an einem EU-geförderten Projekt über Menschenhandel in der Türkei.

Aus dem Anliegen heraus, Betroffene von Menschenhandel angemessen unterstützen zu können und im Kontext der Gegebenheiten in der Türkei die Arbeit weiter auszubauen, entwickelte sich das Projekt unter der Leitung, durch die proaktive Arbeit und die internationale Kooperation dreier Nichtregierungsorganisationen, nämlich Ailder aus der Türkei, dem Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK e.V. aus Deutschland und der griechischen Organisation Arsis. Das geplante Konzept enthielt drei mehrtägige Einheiten, die sich jeweils intensiv mit relevanten Themen auseinandersetzten, um Fachkräften spezifische Weiterbildung über das Thema Menschenhandel zu bieten.

Das Thema des Projektes lautete: „Die Stärke der Zivilgesellschaft, Menschenhandel zu bekämpfen“. Für die Teilnahme hatte sich Zora schon im Mai qualifiziert und sich für die zweite Trainingseinheit entschieden. Dabei sorgte die Teilnahme von Fachkräften aus verschiedenen EU-Ländern für ein besonders facettenreiches und produktives Training.

### DIE FACHBERATUNGSSTELLE ZORA BERICHTET:

Ende Oktober 2016 war es dann soweit – die Trainingseinheit sollte beginnen. Als Leitung der Fachberatungsstelle Zora traf ich mit ca. 40 weiteren Teilnehmenden aus Deutschland, Griechenland, Mazedonien, Bulgarien und der Türkei für das dreitägige Training in der Nähe von Antalya zusammen. Mit dem Fokus auf Menschenhandel ging es in dieser Trainingseinheit insbesondere um die Vertiefung und Spezialisierung in den Bereichen der Vernetzungsarbeit und Kooperationspartnerschaften von Nichtregierungsorganisationen, die national, EU-weit und international agieren.

Frau Dr. Bärbel Heide Uhl, eine renommierte Expertin auf dem Gebiet Menschenhandel, koordinierte das Training für den KOK e.V., der als Projektleitung die Umsetzung dieses Themas gestaltete.

Die Lern-Elemente waren in Theorie und Praxis aufgeteilt, um eine möglichst umfassende Einarbeitung in die Materie erreichen zu können. Dazu gab es neben vielen praktischen Beispielen von Netzwerkstrukturen auf den verschiedenen Ebenen auch interessante Arbeitsgruppen, die Gelegenheit boten, das Wissen direkt einzubringen und auf ein aktuelles Problem anzuwenden. Die Arbeitsgruppen waren in einzelne

Workshops aufgeteilt, in denen die erlernten Methoden auf Praxisbeispiele aus der Türkei angewandt wurden. Sich überschneidende Themen wie Migration und Flucht sowie die Ausbeutung von Kindern und Zwangsverheiratung spielten dabei ebenfalls eine Rolle. Der multikulturelle Austausch erwies sich als äußerst bereichernd. Die unterschiedlichen Situationen in den Herkunftsländern der Teilnehmenden waren die Grundlage für spannende Diskussionen, die die Stärken und Schwächen der einzelnen Theorien offenbarten.

Sprachbarrieren waren durch die Kommunikation in der gemeinsamen englischen Sprache leicht zu überwinden. Erfahrungsberichte aus den einzelnen Ländern boten regelrechte Aha-Momente, welche die Vielfältigkeit und die Besonderheiten in der Arbeit mit von Menschenhandel Betroffenen in verschiedenen geographischen und politischen Regionen deutlicher aufzeigten. Aber auch viele Gemeinsamkeiten konnten in diesen Tagen festgestellt werden, in denen der Austausch von Fachwissen vielversprechend und hilfreich war. Passend zu dem Thema gab es zahlreiche Möglichkeiten, professionelle und freundschaftliche Kontakte mit den anwesenden Fachkräften und Organisationen zu schließen, die sich auch in der Zukunft zu wertvollen und

bereichernden Partnerschaften weiterentwickeln können. Am Rande des Trainings konnten die Teilnehmenden in ihrer freien Zeit die noch sommerlichen Temperaturen genießen.

Insgesamt war es eine sehr positive und erfolgreiche Zeit mit vielen neuen Erfahrungen, Ideen für praktische Anwendungen und auch inspirierenden Geschichten. Mit einem erweiterten Erkenntnissschatz kam ich aus der Türkei zurück, überzeugt davon, dass dieser auch hier in Mecklenburg-Vorpommern und in der Arbeit bei Zora seinen praktischen Einsatz finden wird.

## KONTAKT



ZORA – Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsverheiratung

AWO Kreisverband Schwerin Parchim e.V.  
PF: 110 134  
19001 Schwerin

Tel: (0385) 521 32 20

## „FRAU BEST, WIR LIEBEN DEUTSCHLAND“

Ein Reisebericht von Gisela Best.

Gisela Best reiste Anfang Oktober auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kasachstan in die Hauptstadt Astana und referierte auf der Konferenz der zentralasiatischen Krisenzentren zum Thema *Anti-Gewalt-Arbeit in Deutschland*.

Am Flughafen von Astana lächelt mich in der Empfangshalle das freundliche Gesicht von Alima Tenigzbaev an. In der Hand hält sie ein Schild mit der Aufschrift „Friedrich-Ebert-Stiftung“. Sie arbeitet als Assistenz der Regionaldirektorin sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Bereich „Gender“ und ich habe organisatorische Mails vorab mit ihr ausgetauscht. Nun sehen wir uns das erste Mal. Es ist kurz vor Mitternacht und vor uns liegt eine spannende Konferenz aller zentralasiatischen Krisenzentren und ein Runder Tisch mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern sowie NGOs zum Thema Gewalt gegen Frauen in der Hauptstadt Astana.

Wir werden von einem Fahrer zum Hotel gefahren. Es ist nicht wirklich dunkel, denn alle Straßen, Häuser und auch Brückengeländer sind aufwendig beleuchtet. Manche Gebäudekomplexe wirken extrem überdimensioniert. Das Khan-Shatyr (Architekt: Norman Foster), der Bajterekturm und die Pyramide des Friedens und des Einklangs (ebenfalls Foster) sind die berühmtesten Bauten in der Stadt. Unter der Initiati-

ve von Präsident Nursultan Nasarbajew wurde die Hauptstadt Kasachstans von Almaty nach Astana verlegt. Das lerne ich schon, bevor wir das Hotel erreichen. Auch der Tagesablauf am 5. Oktober wird auf der nächtlichen Fahrt durch die Stadt kurz erläutert. Ich bekomme eine Mappe mit allen Fakten ausgehändigt. Es ist alles sehr gut or-

unglaublich. Mitten in der nordkasachischen Steppe, in der die Temperaturen zwischen  $-40^{\circ}\text{C}$  und  $+40^{\circ}\text{C}$  schwanken, wurde Astana aus dem Nichts erbaut. In den letzten zehn Jahren sind auf der linken Flussseite unzählige Neubauten entstanden.

Am 5. Oktober lerne ich die Büroleiterin der FES in Astana, Zauresh Shuto-



Die Innenstadt von Astana mit dem Bajterek-Turm in der Mitte

ganisiert und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat für beide Tage das Aufenthaltsprogramm durchgeplant, was mich gerade sehr entspannt.

Aus dem Fenster des 8. Stocks des Park-Inn-Hotels blicke ich noch völlig wach und aufgewühlt von der Reise auf die nächtlichen Straßen der Stadt. Es ist

va, kennen. Sie ist zuständig für die Bereiche Rechtsstaat und Menschenrechte und humorvoll und kompetent bei der Sache, sie spricht perfekt Deutsch und dolmetscht für Regierungsvertretungen aber auch für NGOs. Unser Gespräch ist sofort in vollem Gange. Denn das gewünschte Hauptthema „Finanzierung

der Frauenhäuser, Ausstattung und Kooperation“, zu dem ich meinen Vortrag vorbereitet hatte, stellt sich im Gespräch als nicht ganz passend heraus.

Denn es gibt in Deutschland keine bundesweite und gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser, die auf der Konferenz als vorbildhaft präsentiert werden könnte, sondern eine Vielzahl von Mischfinanzierungen durch Länder, Kommunen und Träger. Auf die Spitze getrieben könnte man sogar sagen: Es gibt 353 Frauenhäuser und 353 Finanzierungsmodelle.

Zaresh Shutova betont: „Frau Best, wir lieben Deutschland. Und unsere Regierungsvertreter nehmen viele deutsche Konzepte und Praktiken zum Vorbild. Zum Beispiel den Jugendstrafvollzug, das Jugendgerichtsgesetz, es soll nach deutschem Vorbild ausgestaltet werden. Auch bei familienpolitischen Fragestellungen wird zuerst nach Deutschland geschaut, und auch die duale Ausbildung läuft nach deutschem Vorbild.“ Sie sagt außerdem, dass ich die einzige deutsche Vertreterin sei. Die anderen angereisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen kommen aus den benachbarten zentralasiatischen Staaten. Ich muss etwas schlucken, denn ich repräsentiere nun also Deutschland. Das Land, in dem die Frauenhäuser schon seit 40 Jahren im Westen bzw. seit 25 Jahren im Osten um eine solide und ausreichende Finanzierung kämpfen. Nun soll ich die Errungenschaften herausstellen, wie Zaresh lächelnd betont.

Ich erzähle ihr also von den Errungenschaften: Den Polizeigesetzen der Länder, dem Gewaltschutzgesetz, dem nunmehr 3. Opferrechtsreformgesetz, welches am 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Vom Bundeskinderschutzgesetz und den Qualitätsempfehlungen der Frauenhauskoordinierung für Frauenhäuser und Beratungsstellen. Da öffnet sich das Gesicht von Zaresh Shutova: „Genau das! Betonen Sie die Errungenschaften!“

So ganz im Klaren bin ich mir immer noch nicht, wie ich mit meinem Beitrag die Konferenz bereichere und welche Impulse wichtig sind für die Praktikerinnen der Krisenzentren und für die Regierungsvertretung. Doch nun stehen erst einmal eine Stadtführung und danach ein Abendessen mit der Regionaldirektorin der FES, Henriette Kiefer, an.

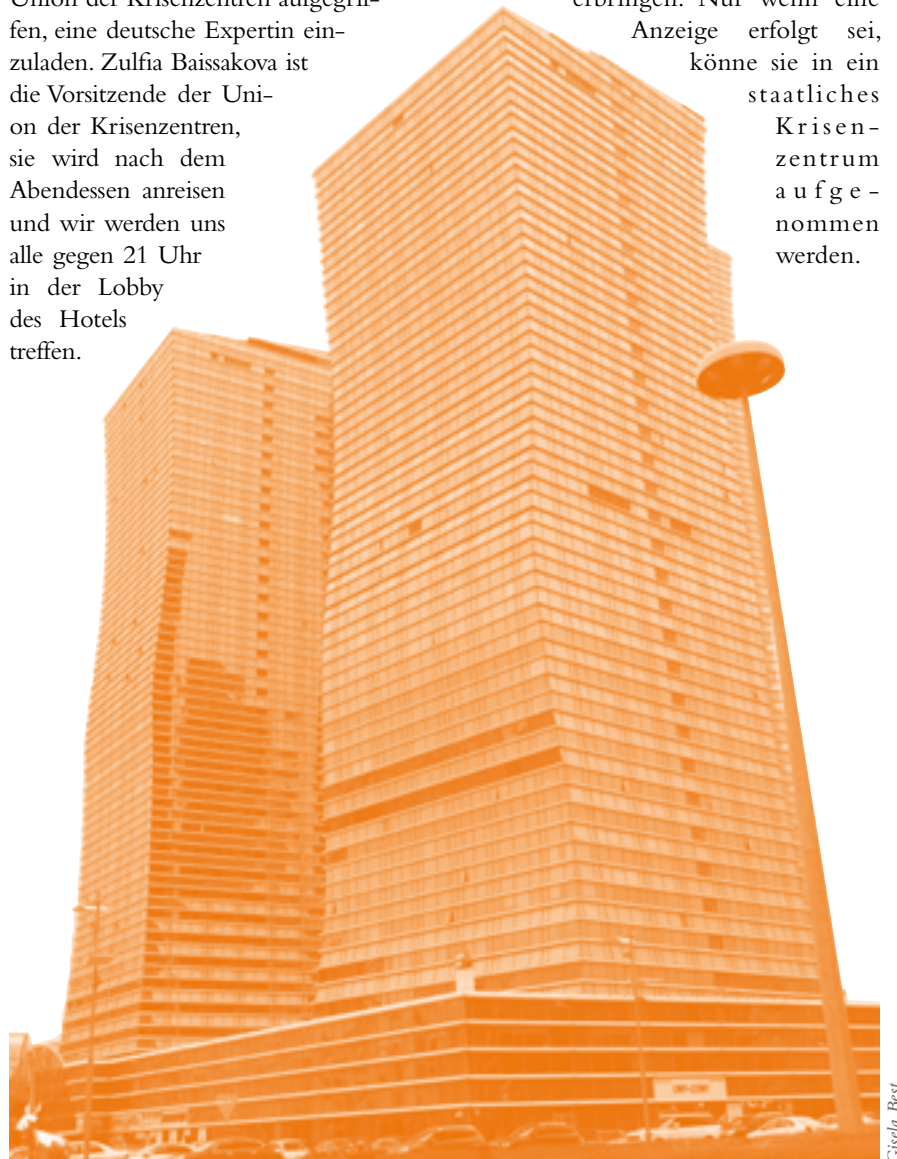
Beim Abendessen lerne ich Henriette Kiefer näher kennen. Sie berichtet davon, dass sie sehr eng mit Partnern der Zivilgesellschaft und aus staatlichen Strukturen zusammenarbeitet um die Rahmenbedingungen im Land zu verbessern. Es gäbe bereits eine nationale Notrufnummer und in Tadschikistan sei im Frühjahr 2013 ein Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Kraft getreten. Um eine effiziente Umsetzung des neuen Gesetzes zu fördern, kooperiert die FES Tadschikistans zum Beispiel mit dem staatlichen Frauenzentrum. Jetzt erfahre ich, dass es neben den staatlichen und vollfinanzierten Frauenzentren in Kasachstan auch nicht staatliche gibt, die ihre Finanzierung anderweitig bestreiten müssen.

Henriette Kiefer ist Regionaldirektorin und zuständig für Kasachstan und Usbekistan. Sie hatte den Wunsch der Union der Krisenzentren aufgegriffen, eine deutsche Expertin einzuladen. Zulfia Baissakova ist die Vorsitzende der Union der Krisenzentren, sie wird nach dem Abendessen anreisen und wir werden uns alle gegen 21 Uhr in der Lobby des Hotels treffen.

Es ist gleich 21 Uhr und wir verlassen das Restaurant um zum Hotel zurück zu gehen. Zulfia Baissakova wartet bereits auf uns. Wir kommen nach kurzem „shake-hands“ gleich zur Sache. Zulfia Baissakova kennt die Besonderheiten und Tätigkeiten der Frauenhäuser und ist die Schnittstelle zu Politik und Verwaltung. Ich fühle mich bereits jetzt mit ihr beruflich verbunden. Ich frage sie, welche Prozesse sie zurzeit voranbringen will und welche fachlichen Impulse aus Deutschland hilfreich wären, um den Gewaltschutz zu verbessern?

Sie sprudelt: Die Kooperation zwischen den Behörden und den Hilfezentren müsste verbessert werden. Es fehle an ämterübergreifender Kooperation. Dies betreffe vor allem den polizeilichen und den medizinischen Bereich. Die gewaltbetroffene Frau müsse

die Beweise für die Straftat selbst erbringen. Nur wenn eine Anzeige erfolgt sei, könne sie in ein staatliches Krisenzentrum aufgenommen werden.



Hochhauskomplex „Nordlichter“ in Astana

Ich kann berichten, dass dies in Deutschland zum Glück nicht so ist. Die Frauenhäuser dort nehmen prinzipiell alle Frauen auf, egal welche Form der häuslichen Gewalt sie veranlasst, Schutz zu suchen. Die Polizei nimmt bei häuslicher Gewalt ein öffentliches Interesse an und stellt die Straftat beim Polizeieinsatz fest. Auch die rechtsmedizinischen Ambulanzen, die in Deutschland Befunde gerichtsfest dokumentieren, sind eine Errungenschaft für die Strafverfolgung bei Partnerschaftsgewalt. Auch auf Bundes- und Landesebene gibt es interdisziplinäre Gremien und Arbeitskreise zu den Themen häusliche und sexualisierte Gewalt. So langsam konkretisiert sich meine Vorstellung meines morgigen Vortrages. Doch wann ich diesen ausarbeite, ist mir um 22 Uhr noch nicht klar.

Des Weiteren fordert Zulfia Baissakova, dass es dringend Täterarbeit bräuchte um die Gewalt zu beenden. Das Thema Prävention und Täterarbeit platzieren wir für den zweiten Tag, wenn die Regierungsvertretungen anwesend sind.

Gefüllt mit vielen neuen Informationen fahre ich mit dem Aufzug in mein Zimmer und beginne mit der Überarbeitung. Aufgrund des Jetlags bin ich gerade sehr wach. Am nächsten Tag erfahre ich, dass die Folgen der Zeitdifferenz am zweiten Tag wohl am schlimmsten seien.

Am zweiten Tag, dem 6. Oktober, treffe ich auf der Konferenz Zauresh Shutova wieder. Sie wird simultan übersetzen. Wir scherzen, dass wir heute nur über Errungenschaften sprechen werden.

Zulfia Baissakova eröffnet die Konferenz mit Monitoring-Ergebnissen zum Thema Gewaltschutzgesetz und Prävention häuslicher Gewalt sowie Problemlagen in den Krisenzentren in Kasachstan. Das erinnert mich sehr an die

Entwicklung des 3. Landesaktionsplans zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt in M-V, aber auch an den Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen in Deutschland.

Danach kann ich berichten: über das ausdifferenzierte Hilfesystem und die Leistungen der Frauenhäuser in Deutschland. Dass jede Frau aufgenommen werden kann, unabhängig auch vom Zeitpunkt der Gewalt oder einer Anzeige bei der Polizei. In vielen Frauenhäusern wird auch pädagogisch mit den Kindern gearbeitet. Ich betone, dass Frauenhausarbeit sich weiterentwickelt in Deutschland und dass Sicherheit und Schutz Qualität brauchen. Ich bringe die Qualitätsempfehlungen der Frauenhauskoordination e.V. zur Sprache, die der Politik und der Verwaltung vorgelegt wurden um ihre Umsetzung bundesweit zu erreichen. Ich werde gleich gefragt, ob die Frauenhäuser denn damit zertifiziert würden, denn das sei das Ziel der zentralasiatischen Zentren. Sie wollen, dass die Arbeit der Krisenzentren bei Gewalt gegen Frauen klar definiert wird und dass nach Standards gearbeitet wird. Wir sprechen über Kriterien von guter Versorgung. Von Kapazität, sachlicher und personeller Ausstattung, und Erreichbarkeit der Einrichtungen.

Es ist auch in Kasachstan so, dass Frauen den Weg zu einer unterstützenden Hilfe nicht alleine finden. Auch hier werden sie häufig durch Dritte vermittelt. Es fehlt aber an klaren Richtlinien. Ich berichte daraufhin von der Interventionskette bei häuslicher Gewalt, die nach dem Prinzip „Wer schlägt, der geht“ arbeitet, und der Möglichkeit der Wegweisung der Gewalt ausübende Person durch die Polizei, die für bis zu 14 Tage ausgesprochen werden kann. Ich erläutere die proaktive Arbeit der Interventionsstellen,

die in Fällen häuslicher Gewalt von der Polizei informiert werden müssen.

Ich kann auch über die deutschen Jugendämter berichten, die von der Polizei informiert werden müssen, wenn bei einem Einsatz auf Grund häuslicher Gewalt Kinder am Einsatzort anwesend waren. Nun stellt sich heraus, dass es in Kasachstan gar kein Jugendamt gibt.

Der Veranstaltungstag bleibt weiter interessant. Es werden innovative Videoclips und Dokumentationen der praktischen Arbeit gezeigt, die wir teilweise auf der Website [www.cora-mv.de](http://www.cora-mv.de) präsentieren wollen. Aus der Republik Kirgistan kommen spannende Beiträge zum Thema Kinderschutz, aus Tadschikistan wird die Rolle nicht-kommerzieller Organisationen betont, welche die Frauen auf ihrem Weg in die ökonomische Selbstständigkeit unterstützen. Es wird über die Fort- und Weiterbildung aller Fachleute diskutiert. Spannend ist auch der Beitrag von Marat Aliaskarow, dem Leiter der NGO „Männer gegen Gewalt“ aus Kirgistan. Er arbeitet nach einem europäischen Vorbild und will nach acht Jahren praktischer Arbeit gerne den Austausch mit deutschen Kollegen auf den Weg bringen um sich fachlich weiterzuentwickeln. Ich bespreche das Anliegen sogleich mit Henriette Kiefer, die nützliche Tipps zur Antragstellung geben kann, um Reise- und Seminarkosten zu finanzieren.

Am Ende des ersten Konferenztages werden länderübergreifende Empfehlungen zur Optimierung der Krisenzentren entwickelt. Diese sollen am nächsten Tag an Herrn E. P. Tarrassenko, den Vorsitzenden des Nationalen Ausschusses für Frauen und Familienpolitik beim Präsidenten der Republik Kasachstan, und an UN Women in Zentralasien übergeben werden. Zu dieser Gelegenheit werde auch ich sprechen.

### EINIGE EMPFEHLUNGEN DER KRISENZENTREN

- Regelmäßiges Monitoring von Rechtsakten
- Interaktion und Kooperation von verschiedenen Sektoren (Strafverfolgungsbehörden, soziale, staatliche und nicht staatliche Organisationen usw.) mit dem Ziel der Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt
- Beamte zur Weiterbildung verpflichten (insbesondere Strafverfolgungsbehörden, Richter) um häusliche Gewalt in der Praxis besser zu bekämpfen
- Anwendung von Videoaufnahmen um die erneute Viktimisierung der Opfer durch das Strafsystem zu vermeiden
- Gewährleistung des Zugangs zum Rechtsschutz für Gewaltopfer; kostenloser Schutz im Gericht
- Ausreichende Anzahl staatlich finanzierter Krisenzentren, in denen die Opfer sowohl juristische als auch psychologische Hilfe bekommen
- Ständiger Erfahrungsaustausch zwischen den Krisenzentren Zentralasiens; Förderung des zentralasiatischen und internationalen Austauschs
- Ausarbeitung und Implementierung des Programms zur Täterarbeit



*Das Podium beim Nationalen Ausschuss für Frauen und Familienpolitik beim Präsidenten der Republik Kasachstan*

Doch auch jetzt wartet nach so vielen neuen Informationen zur Lage im Land eine Überarbeitung meines ursprünglichen Vortrags. Es gibt eine Fülle an fachlicher Expertise und ein hohes Niveau seitens der Akteure, sodass ich in meinem Beitrag für den Ausschuss gerne lokale Erfolge aufgreifen und mit bundesdeutscher Erfahrung vertiefen will. Die Power-Point-Präsentation muss anschließend noch von Alima Tenigsbai ins Russische übersetzt werden, also hurtig.

Der Runde Tisch des Nationalen Ausschusses für Frauen und Familienpolitik beim Präsidenten der Republik Kasachstan tagt am 7. Oktober erstmalig in dieser Zusammensetzung. Es ist eine Besonderheit, dass durch die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung dieser intersektorale Zusammenschluss erfolgen kann.

Der Vorsitzende des Ausschusses und weitere Abgeordnete berichten von aktuellen Gesetzgebungen und erfolgten Gerichts- und Rechtsreformen. Die Vertreterin der Generalstaatsanwaltschaft, Turssynbekova Saltanat Parchatovna, würdigt die Arbeit der Krisenzentren bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Ohne deren Ausdauer und Engagement wäre das Land bei der Bekämpfung nicht auf dem jetzigen Stand.

Ich kann anschließend mit meinem Beitrag zur Täterarbeit und den bundesweiten Standards zur Täterarbeit eine Forderung der Krisenzentren vertiefen. Alles wird synchron und zuverlässig übersetzt. Die Forderung nach Täterarbeit und primärer Prävention wird erfreulicherweise auch mit den weiteren zentralasiatischen Empfehlungen der Politik überreicht. Ich habe die Gelegenheit zu verdeutlichen, wie wichtig eine interdisziplinäre und verlässliche Kooperation ist, wenn Täterarbeit erfolgreich sein will und in welcher Form Täterarbeit zum Opferschutz beitragen kann.

Am Ende der Sitzung findet eine Preisverleihung anlässlich des 25.



*Teilnehmer\*innen des Runden Tisches „Soziale Partnerschaften im Interesse der Frauen und Kinder“ am 7. Oktober im Foyer des Hotel Beijing Palace Soluxe in Astana*

Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans statt. Viele der engagierten Kolleginnen und Kollegen, die ich kennenlernen durfte, erhalten eine Urkunde für ihre Verdienste.

Wie bei uns sind viele der Kolleginnen und Kollegen, die der Gewalt gegen Frauen etwas entgegensetzen und Schutz und Hilfe organisieren, von Anfang an dabei. Und sie kämpfen weiter. Sogar die Gründerin des ersten Frauenhauses in Kirgistan, Bubussara Rysskova, war auf dem Kongress anwesend. Interessanterweise war sie diejenige, die davon sprach, dass sich die Anti-Gewalt-Arbeit nun modernisieren und endlich auch virtuell besser platzieren müsse, es brauche mehr Präsenz und Aktivität im Internet! Und das sagte die mit Abstand älteste Teilnehmerin.

Ich fliege nun um 1:45 Uhr nach Hause mit dem Gefühl müde und glücklich zu sein und etwas richtig gemacht zu haben. Ich freue mich, eine Fülle an Erfahrungen mit Kolleginnen und Kollegen in Zentralasien zu teilen, vonein-

ander gelernt und miteinander ein wenig gekämpft, gelacht und diskutiert zu haben. Die FES und die Krisenzentren unterstützen, wie M-V auch, die jährliche UN Women-Kampagne „16 Tage gegen häusliche Gewalt“. Es ist schön über so eine weite Distanz hinweg an einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten: An der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rechte von Frauen.

Weitere Einblicke zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zentralasien unter: <http://www.fes-centralasia.org/de/artikel/nein-zur-gewalt-gegen-frauen.html>

**ZUR AUTORIN**



*Landeskoordinierungsstelle CORA*  
 Gisela Best  
 Dipl. Soz. Päd./Kriminologin (MA)  
 Frauen helfen Frauen e.V.  
 Heiligengeisthof 3  
 18055 Rostock  
 Tel: 0381 / 401 02 29  
 mail: cora@fhf-rostock.de

## INFORMATIONEN

### DEUTSCHLAND: MEHR ALS 100.000 FRAUEN ERLEBEN GEWALT IN PARTNERSCHAFT

Berlin (dpa) – Mehr als 100.000 Frauen pro Jahr werden in Deutschland Opfer von Gewalt in der Partnerschaft. Das geht aus einem veröffentlichten Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) für das Jahr 2015 hervor. „Die Zahlen sind schockierend“, sagte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD). Sie appellierte an die Opfer von Gewalt, ihr Schweigen zu brechen. Der mit Abstand größte Teil der Gewalttaten gegen Frauen in Partnerschaften fällt unter die Rubrik „vorsätzliche einfache Körperverletzung“ (65.800 Fälle). Es folgen Bedrohungen, gefährliche Körperverletzungen und Stalking – sowie Mord und Totschlag in 331 Fällen. Gewalt in Partnerschaften trifft zu 82 Prozent Frauen, im Ganzen waren es im vergangenen Jahr 104.290 weibliche Opfer. Aber auch Männer waren 23.167 Mal betroffen. Insgesamt, also Gewalt gegen Männer und Frauen zusammengezählt, wurden 2015 gut 127.000 solcher Fälle verzeichnet, seit 2012 ist die Zahl damit um 5,5 Prozent gestiegen.

Schwesig sagte dazu: „Wir brauchen diese Zahlen, denn sie helfen dabei, häusliche Gewalt sichtbar zu machen.“ Notwendig seien vor allem Maßnahmen zur Prävention. „Häusliche Gewalt gegen Frauen, gegen Männer, gegen Kinder ist keine Privatsache. Es ist eine Straftat – und sie muss entsprechend verfolgt werden“, sagte Schwesig. Aber zwei Drittel aller Frauen, die schwere Gewalt erlebten, holten keine Hilfe.

BKA-Chef Holger Münch, sprach von einem „nicht unerheblichen Dunkelfeld“. Opfer häuslicher Gewalt empfänden ihre Situation oft als ausweglos, deshalb machten sie sich nicht bemerkbar. „Schweigen nützt den Tätern“, sagte Münch. Besonders bei Trennungen entstünden Konflikte. Die größte Tätergruppe sind nach den BKA-Zahlen ehemalige Partner. Die Ministerin und der BKA-Chef warben für das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ mit der Nummer 08000 116 016. Dort wird Betroffenen eine 24-Stunden-Beratung angeboten, kostenlos, anonym und in 15 Sprachen.

Schwesig setzte sich auch für mehr Frauenhäuser in ländlichen Regionen ein. „Ich bin mit allen Länderministerinnen im Gespräch, weil es sehr unterschiedlich läuft“, sagte die SPD-Politikerin im ZDF-Morgenmagazin. Sie selbst könne die Lücken auf dem Land als Bundesministerin jedoch nicht schließen. „Für diese Aufgabe sind die Städte und die Länder zuständig.“

### FALLZAHLEN AUS MECKLENBURG-VORPOMMERN

Anlässlich der Anti-Gewalt-Woche, die am 21. November in M-V mit einer landesweiten Auftaktveranstaltung in Güstrow begann, veröffentlichte CORA die Fallzahlen des Beratungs- und Hilfenetzes. Im ersten Halbjahr 2016 erhielten durch das Beratungs- und Hilfenetz in Mecklenburg Vorpommern insgesamt 2.124 Frauen und Männer Schutz und Beratung. Das sind 178 Fälle mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (1. Halbjahr 2015: 1.946 Fälle).

Insgesamt waren 1.932 Kinder und Jugendliche von sexualisierter Gewalt bzw. von häuslicher Gewalt betroffen, 253 mehr als im Vergleichszeitraum (1. Halbjahr 2015: 1.679 Fälle). Frauen (1.968 Fälle) waren weit häufiger von häusli-



cher Gewalt betroffen als Männer (156).

177 Tatpersonen suchten in den Männer- und Gewaltberatungsstellen Hilfe.

„Gewalt gegen Frauen ist inakzeptabel und in keiner Weise zu tolerieren“, sagte Gleichstellungsministerin Stefanie Drese am 25. November 2016. „Das Beratungs- und Hilfenetz in Mecklenburg-Vorpommern leistet mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Hervorragendes für die Betroffenen. In den vergangenen Jahren wird im persönlichen Umfeld der Betroffenen öfter hingeschaut und Fälle von häuslicher Gewalt schneller angezeigt. Das ist ein positiver Effekt.“



### NEUERSCHEINUNG BROSCHÜRE „PRO-AKTIVER KINDERSCHUTZ BEI HÄUSLICHER GEWALT“

In den Jahren 2005 bis 2008 gab es an den Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking in Rostock und Schwerin das Modellprojekt einer Kinder- und Jugendberatung. Da sich das Projekt als sinnvoll und gut genutzt erwies, wurde es im Mai 2008 auf alle fünf Interventionsstellen in M V ausgeweitet, sodass fortan neben den beiden Erwachsenenberaterinnen die Kinder- und Jugendberatung das Team verstärkte. Die Erfahrungen aus den mehr als zehn Jahren der pro-aktiven Arbeit der Kinder- und Jugendberatung sind in der neu erschienenen Broschüre „Pro-aktiver Kinderschutz bei häuslicher Gewalt“ festgehalten. Diese Broschüre enthält neben den praktischen Arbeitsmethoden mit betroffenen Kindern und Jugendlichen auch aktuelle Ausführungen zu den Bereichen Kindeswohl, Kinderschutz und Umgangsregelungen nach häuslicher Gewalt. Dieses Wissen wird Fachkräften in allen Bereichen, in denen Kinder und

Jugendliche sich bewegen, zur Verfügung gestellt. Es soll dazu beitragen, dass betroffene Heranwachsende wahrgenommen und gezielte Maßnahmen zu ihrem Schutz und zu ihrer Unterstützung getroffen werden. Untersuchungen von Dr. Heinz Kindler haben ergeben, dass das Miterleben von Gewalt zwischen den Eltern beziehungsweise in der Partnerschaft eine der häufigsten Formen der Kindeswohlgefährdung in unserer Gesellschaft ist. Die Gefahr, dass Partnerschaftsgewalt auch in die nächste Generation getragen wird, ist somit sehr groß. Deshalb ist es wichtig, öffentlich klare Zeichen gegen häusliche Gewalt zu setzen und sich gemeinsam für ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben einzusetzen.

Die Broschüre ist mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern erstellt worden und auf der Internetpräsenz von Frauen helfen Frauen e.V. Rostock, [www.fhf-rostock.de](http://www.fhf-rostock.de), auf der Seite der Interventionsstelle als PDF zu finden. Die Broschüre kann über die Kinder-



und Jugendberatung auch kostenlos bestellt werden. Bei Interesse aus anderen Bundesländern wird ein Obolus von fünf Euro pro Exemplar erhoben.

### ZUM AKTUELLEN ARBEITSTAND VON „GESA“

„GeSA“ ist ein regionales Kooperationsmodell zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Frauen mit Suchtmittelproblematik und deren Kinder. Nach der Aufbauphase 2015, in der die Konstitution der Kooperationsteams und Regionalverbände sowie die Durchführung der Basisseminare zur Vermittlung von Grundlagenwissen im Vordergrund standen, ist das Projekt „GeSA“ 2016 in die Arbeitsphase gestartet. Im Fokus der Arbeitsphase stehen die Fachforen, von denen sieben pro Region (Stralsund und Rostock einschließlich der dazugehörigen Landkreise) geplant waren. In Rostock haben bislang sechs, in Stralsund bislang fünf der Foren stattgefunden. Die noch ausstehenden Foren sind für November und Dezember bereits terminiert und vorbereitet. Die Fachforen bieten den unterschiedlichen gastgebenden Einrichtungen die Möglichkeit, sich zu präsentieren und einen Fall zur Problematik aus dem eigenen Arbeitsalltag vorzustellen. Mit dem Ziel der Sensibilisierung für die Situation Betroffener und sie umgebender Systeme, der Ent-

wicklung von Handlungssicherheit und auf den Einzelfall bezogener Kooperationen arbeiten die Regionalverbände mit der Methodik von Fallkonferenzen zusammen. Ein zweiter Arbeitsauftrag, mit dessen Umsetzung 2016 begonnen wurde, ist die Erarbeitung eines Handbuchs als praktische Anleitung zum Aufbau ähnlicher Kooperationsmodelle in anderen Regionen.

In 2017 wird es neben der Fortführung der gemeinsamen Arbeit in den Fachforen vor allem auch um die Auswertung der bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen gehen, die in die Erarbeitung allgemeiner Handlungsempfehlungen für die kooperierenden Einrichtungen münden soll. Daneben ist für November/Dezember 2017 ein bundesweiter Fachkongress geplant, auf dem die Ergebnisse von „GeSA“ einem breiten Fachpublikum vorgestellt und mit diesem diskutiert werden. Zentral wird dabei auch die Frage der Verstärkung und Fortsetzung des Kooperationsmodells sein. Hier wurden durch die Kooperationsteams bereits konkrete Vorstellungen entwickelt. Diese betreffen u.a. die Etablierung von „Coaching-

teams“ mit Fachkräften aus den Arbeitsbereichen Sucht und Anti Gewalt zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

## KONTAKT



Projektleiterin Petra Antoniewski  
 Frauen helfen Frauen e.V.  
 Rostock Bundesmodellprojekt  
 GeSA  
 Ernst-Haeckel-Str. 1  
 18059 Rostock  
 Tel: 0381 / 440 32 94  
 Fax: 0381 / 440 32 99  
[petra.antoniewski@fhf-rostock.de](mailto:petra.antoniewski@fhf-rostock.de)



## AUFTAKTTAGUNG ANTI-GEWALT- WOCHE IN GÜSTROW

Am 21. November 2016 fand in Güstrow die Auftakttagung zur Anti-Gewalt-Woche in M-V statt. Die Tagung stand unter dem Motto „Nein zu Sexismus – Nein zu sexualisierter Gewalt“ und richtete den Blick auf den Zusammenhang zwischen Sexismus und Gewalt, auf Sexismus in der Werbung und auf Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen. Die neue Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Stefanie Drese, wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass wir als Gesellschaft, wir in der Politik, aber auch wir in unserem privaten Umfeld nicht wegschauen dürfen, wenn Frauen und Kinder Gewalt ausgesetzt sind.



„Gewalt spielt sich in fast allen Teilen der Gesellschaft hinter verschlossenen Türen ab. Egal von wem die Gewalt ausgeht: Täter müssen benannt, verfolgt und bestraft werden, die Opfer bestmöglich aufgefangen, beraten und geschützt werden“, so Drese.

Der erste Vortrag wurde von Sandra Boger gehalten. Frau Boger arbeitet beim bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in dem Projekt „Suse – sicher und selbstbestimmt. Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken.“, welches Frauen und Mädchen mit Behinderungen, die Gewalt erfahren haben, den Zugang zu Schutz und Hilfe erleichtern soll.

In ihrem Vortrag wies Sandra Boger zunächst darauf hin, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen überdurchschnittlich oft von sexualisierter oder körperlicher Gewalt betroffen sind. Die üblichen Hilfsangebote sind für Frauen und Mädchen mit Behinderungen oft nicht oder nicht ausreichend zugänglich, beispielsweise weil die Einrichtungen nicht rollstuhlgeeignet sind oder weil die Mitarbeiter\*innen nicht auf die Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung eingestellt sind. Oft sei das Problem auch wechselseitig Unkenntnis, so Boger. Beratungseinrichtungen gegen häusliche oder sexualisierte Gewalt seien sich gar nicht der Tatsache bewusst, dass sie auch Menschen mit Beeinträchtigungen beraten sollen, ebenso wenig wie Frauen mit Behinderungen wissen, dass diese Beratungsstellen auch für sie zuständig sind. Um diese Situation zu verbessern, empfahl Boger den Beratungsstellen, Gruppenberatungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe durchzuführen und die Beratungsstellen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt barriereärmer zu gestalten. Darüber hinaus sollte die regionale Kooperation zwischen Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt verbessert werden. Dies erfordere Zeit und Geld, weswegen Boger dafür plädierte, die finanziellen und zeitlichen Ressourcen der Beratungsstellen zu erhöhen.

**bff: Suse**  
SICHER UND SELBSTBESTIMMT

Im Abschlussvortrag analysierte der Journalist und Blogger Nils Pickert den weit verbreiteten Sexismus in der Werbung. Pickert zeigte unter anderem auf, dass Firmen Produkte bewusst nach Geschlechterstereotypen gestalten – so werden etwa Fahrräder für Mädchen und Jungen bewusst deswegen in rosa und blau hergestellt, damit sich die Eltern gezwungen sehen, ein zweites Fahrrad zu kaufen. Dem jüngeren Bruder könne natürlich nicht zugemutet

werden, das rosafarbene Fahrrad seiner älteren Schwester zu fahren. Erwachsene Frauen und Männer werden durch sexistische Werbung noch viel stärker stereotypisiert. Frauenkörper sind in der Werbung oft nur schmückendes Beiwerk, wenn etwa leicht bekleidete bis nackte Frauen, die in den Anzeigen abgebildet sind, in keinem Zusammenhang mit dem Produkt stehen. Kurioserweise haben Studien gezeigt, dass das alte Motto „Sex sells“ nicht immer zutreffend ist: nackte Körper generieren zwar Aufmerksamkeit, die Betrachter\*innen erinnern sich aber wenig später gar nicht mehr an das beworbene Produkt, sondern nur noch an den nackten Körper. Nils Pickert, der als Chefredakteur für den Verein Pinkstinks tätig ist, gab in seinem Vortrag auch positive Beispiele aus geschlechtergerechten Werbekampagnen sowie Beispiele, in denen es dem Verein gelang, sexistische Werbung durch den deutschen Werberat rügen zu lassen. Der Verein Pinkstinks hat auch Bundesjustizminister Heiko Maas zum Verbot sexistischer Werbung beraten.



In ihrem Abschlusswort betonte Frau Dr. Gabler, Leiterin der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, dass sich das Bundesland bemühen werde, das Beratungs- und Hilfenetz zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt weiter zu verbessern und für alle Zielgruppen zugänglicher zu machen.

**STEP UP! EUROPE – UNITE TO END VIOLENCE AGAINST WOMEN AND THEIR CHILDREN**

Die diesjährige WAVE-Konferenz fand vom 18. bis zum 21. Oktober in Berlin statt, Veranstaltungsorte waren die Stadtmission und das Rote Rathaus. Über 400 Teilnehmende, Vortragende und Workshop-Leiter\*innen aus ganz Europa, aber auch aus den USA oder China, waren nach Berlin gekommen, um sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. Die Tagung stand ganz im Zeichen der Step up!-Kampagne, deren Ziel es ist, den Zugang zu spezialisierten Beratungsangeboten zu häuslicher und sexualisierter Gewalt in ganz Europa sicherzustellen. Im Zuge der Kampagne werden EU-Behörden und nationale Regierungen aufgefordert, ihre Investitionen in diesem Bereich zu erhöhen, damit der Zugang für alle gewaltbetroffenen Menschen,

bspw. auch Migrant\*innen oder Menschen mit Handicap, gewährleistet werden kann. Diese barrierefreien Zugänge zu Hilfsangeboten werden auch durch die Istanbulkonvention gefordert, die laut Elke Ferner, der Parlamentarischen Staatssekretärin der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, durch Deutschland wahrscheinlich noch vor der nächsten Bundestagswahl ratifiziert wird. Die Istanbulkonvention wurde auch in einigen Workshops aufgegriffen, so berichtete eine Kollegin aus Serbien, wie sich dort nach der Ratifizierung der Konvention die Situation gestaltet.

Nach den Vorträgen am Eröffnungstag wurde der Fokus am zweiten Tag der Konferenz auf Workshops gelegt. Das Themenspektrum der Workshops war sehr breit, vom Schutz vor geschlechterbasierter Cybergewalt über europäisches und nationales Recht zur Verhinderung

von Gewalt gegen Frauen bis hin zur feministischen Selbstverteidigung waren viele Themen vertreten. Neben den Vorträgen und Workshops im Roten Rathaus und in der Stadtmission blieb auch genug Zeit für die Vernetzung der Teilnehmenden untereinander, die rege genutzt wurde.



Teilnehmende der WAVE-Konferenz im Foyer des Roten Rathauses in Berlin

## AB JETZT GILT IM SEXUALSTRAFRECHT: NEIN HEISST NEIN!

In einer historischen Abstimmung hatte der Deutsche Bundestag im Juli 2016 einstimmig eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechtes beschlossen. Am 10.11.2016 treten die Neuregelungen in Kraft.

Damit ist ein sexueller Übergriff auch schon dann strafbar, wenn er gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt wird. Es kommt nicht mehr darauf an, ob eine betroffene Person sich gegen den Übergriff gewehrt hat oder warum ihr dies nicht gelungen ist. Damit wird endlich auch in Deutschland die Anforderung der Istanbul-Konvention umgesetzt, wonach alle nicht-einverständlichen sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind. „Dieses Gesetz ist ein Meilenstein für den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung in Deutschland“ freut sich Katja Grieger, Geschäftsführerin des bff.

Mit der Reform wird auch die Ungleichbehandlung im Strafraum bei Betroffenen mit Behinderung abge-

schaft, bisher war ein sexueller Übergriff gegen eine ‚widerstandsunfähige‘ Person mit geringerer Strafe bedroht. Sandra Boger, Referentin im bff und für den Schutz von Frauen und Mädchen mit Behinderung zuständig, erklärt: „Nach dem neuen Gesetz kann ein Übergriff gegen eine Frau mit Behinderungen härter bestraft werden. Das ist ein stärkendes Signal für alle Frauen mit Behinderungen, die ja überproportional häufig Übergriffe erleben“.

Ganz neu eingeführt wird der Straftatbestand der sexuellen Belästigung. Dadurch sind künftig auch Übergriffe strafbar, die bislang als nicht erheblich eingestuft waren.

Der Reform war eine jahrelange

rechtspolitische Debatte vorangegangen. Kritiker\*innen hatten immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Neuregelung die bestehenden Beweisprobleme nicht löst. Dazu Katja Grieger: „Sexuelle Übergriffe werden immer schwerer zu beweisen sein. Dies darf aber kein Grund sein, an einem schlechten Gesetz festzuhalten. Es ist sehr erfreulich, dass der Deutsche Bundestag dieser Argumentation gefolgt ist.“

Die Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe erhoffen sich von dem neuen Gesetz auch eine Signalwirkung in die Gesellschaft hinein. Katja Grieger erläutert: „Die Botschaft ist jetzt ganz klar und eindeutig: Wer ein NEIN ignoriert, tut Unrecht.“



## 15-JÄHRIGES JUBILÄUM DER BERA- TUNGSSTELLE IN KRÖPELIN

Am 16. September 2016 wurde das 15-jährige Bestehen der IB-Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt in Kröpelin feierlich begangen.

Anwesend war neben Stefanie Drese, zum Zeitpunkt des Jubiläums Landtagsabgeordnete der SPD und seit dem 1. November Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auch Frau Wollenteit, Referatsleiterin in der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung.

Die Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Rostock und der Städte Kühlungsborn und Bad Doberan, der Geschäftsführer des Internationalen Bundes Verbund Nord, Swen Framenau und Sigrid Warnke, Bereichsleiterin Soziale Dienste, und viele Gäste und Kooperationspartner würdigten die Arbeit der Beratungsstelle.

Kulturell gerahmt wurde die Veranstaltung durch Musik-Duo Weekenders und durch die Frauentanzgruppe Kühlungsborn unter der Leitung von Roswitha Mehl.

Höhepunkt der Jubiläumsfeier war die Enthüllung eines Kunstwerkes, das von den Frauen der Selbsthilfegruppe der Beratungsstelle mit Unterstützung der Künstlerin Maren Teuber kreiert wurde. Uralte, verschlungene Efeuranzen, die auf einer großen Holzwand angebracht sind, symbolisieren die für häusliche Gewalt symptomatische Gewaltspirale und die Schwierigkeit, sich aus einer gewaltvollen Beziehung zu lösen.

CORA moderierte den Festakt und gratuliert den Mitarbeiterinnen Ellen Schutow und Wiebke Bache sehr herzlich zur gelungenen Veranstaltung und wünscht für die nächsten 15 Jahre jede Menge Kraft, immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel und weiterhin viel Erfolg und Freude bei der Arbeit.

*Ellen Schutow stellt die von der Selbsthilfegruppe gestaltete symbolische Gewaltspirale vor*



**MISSBRAUCHSBEAUFTRAGTER RÖRIG  
FORDERT MEHR ENGAGEMENT BEIM  
THEMA KINDESMISSBRAUCH**

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, hat anlässlich des 2. Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch sowie anlässlich der Netzwerkkonferenz der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung gefordert, dass Politik und Zivilgesellschaft noch stärker dafür gewonnen werden müssen, Verbesserungen bei Prävention, Hilfen und Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch zu erreichen.

Zugleich sprach Rörig von einem starken und notwendigen Signal, das Europa mit dem 2. Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch und die Bundesregierung mit der Netzwerkkonferenz aussenden.

Rörig sieht die politischen Parteien in Bund und Ländern noch sehr viel stärker in der Pflicht. Substantielle Aussagen zur Prävention vor sexueller Gewalt und für verbesserte Hilfen gehörten in jedes Partei- und Wahlprogramm sowie in Koalitionsvereinbarungen und müssten zudem mit konkreten Haushaltstiteln unterlegt sein. Rörig: „Wirkungsvolle und gute Prävention, unbürokratische und passgenaue Hilfen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Nur dauerhaft eingeplante und zusätzliche Finanzmittel in den Kinder- und Jugendhaushalten können zu spürbaren



Verbesserungen bei Prävention, Hilfen und umfassender Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch führen.“

Mit Blick auf die Bundesländer dankte Rörig den 16 Kultusbehörden für die zugesagte Kooperation bei der Umsetzung seiner Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“. Zugleich forderte Rörig jedoch mehr Engagement und gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme. „Nach Abschluss der Arbeit des ‚Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch‘, an dem auch die Länder beteiligt waren, wurde Betroffenen die Einrichtung des Hilfsfonds für die Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs in Familien zugesichert. Bisher zahlen nur drei Bundesländer in den Fonds ein, während 13 nach wie vor säumig bleiben.“ Auch beim Thema Fachberatungsstellen forderte der Missbrauchsbeauftragte mehr Anstrengungen von Seiten der Länder. Auf sexuellen Missbrauch spezialisierte Fachberatungsstellen seien bundesweit weder personell

noch finanziell angemessen ausgestattet, gleichzeitig betonten auch die Länder deren wichtige Rolle. „Diese Diskrepanz gilt es zu überwinden. Der erste Schritt wäre eine Bedarfsanalyse, um die ich alle Länder auf der Basis einer von mir in Auftrag gegebenen Expertise gebeten habe.“

Abschließend sprach sich Rörig für die Einrichtung von unabhängigen Beauftragten auf Länderebene aus. Nur so könne man die Anstrengungen im Kampf gegen den sexuellen Kindesmissbrauch bundesweit weiter steigern. Nach dem Vorbild des Bundes sollten alle Bundesländer zügig eine solche Stelle zur Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten im Themenfeld auf Landesebene einrichten und diese hochrangig und mit Expertise besetzen.

Weitere Informationen unter <https://beauftragter-missbrauch.de/>

**LIEBE LESENDE, LIEBE AUTORINNEN UND AUTOREN DER CORAKTUELL,**

wir möchten Ihnen sehr herzlich danken für Ihr Engagement für die Fachzeitschrift CORAktuell und freuen uns über Ihren Leseeifer. Die Redaktion der CORAktuell wünscht Ihnen allen erholsame Tage, Gesundheit, Frieden und nachhaltigen Widerspruch gegen die Thesen von Rechtspopulisten. Genießen Sie die ruhigere Zeit und tanken Sie Kraft, damit wir uns im nächsten Jahr mit neuem Elan den Aufgaben und Herausforderungen gemeinsam widmen können.

Ihre CORAktuell Redaktion

